

Von der prozesshaften Identität zu neuen demokratischen Lebensweisen

Isabell Lorey

»Identität hat Konjunktur. [...] der Distinktions- und Identitätsbedarf [ist] wohl noch nie so groß gewesen [...] wie heute. Alles und jedes scheint identitätstauglich.« (Hark 1996: 14)

»So gesehen gibt es kein Abschaffen der Identität, keine ›Subversion‹, die Identität nicht wieder herstellen würde, sondern nur die Umdeutung der Kategorien, durch die man politisch mobilisiert wird.« (Butler 1993)

»Identität: [kann] nur über die Beziehung zum Anderen, in Beziehung zu dem, was nicht ist, zu gerade dem, was von ihr ausgelassen ist, konstituiert werden [...], in Beziehung zu dem, was das *konstitutive Außen* genannt wurde.« (Hall 2004 [1996]: 171)

»[...] und lernen, die Welt zu teilen. Das ist, was *jetzt* zu tun ist.« (Hark 2021: 108)

In den 1990er Jahren erschien es unmöglich, in Verbindung mit einer queer-feministisch linken, emanzipatorischen Position auf Identitätspolitik zu verzichten. Es war durchaus Konsens, dass es nicht um wesensmäßige, ahistorische und unveränderbare Identitäten gehen konnte, sondern um ein Verständnis von Identität, das diese als in gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen entstanden betrachtete, und damit als historisch konstruiert. Behauptungen, die auf dem Wesen ›der Frau‹, auf Eigenschaften aufgrund eines weiblichen Körpers oder sexueller Praxen oder auch einer bestimmten, unveränderlichen ›Kultur‹ bestanden, wurden zurückgewiesen und in ihren sozialen, politischen und ökonomischen Funktionen historisch eingeordnet. In den queer-feministischen Auseinandersetzungen der 1990er Jahre fand eine Abgrenzung zu politisch reaktionären Positionen eher implizit durch die Zurückweisung wesensmäßiger Identitätsbehauptungen statt. Gegenwärtig handelt es sich bei solchen wesensmäßigen und unveränderlichen

Wahrheitsbehauptungen zunehmend wieder um (extrem) rechte und reaktionäre Positionen. Sie sind nicht mehr nur konservativ, sondern mit biologistischen Geschlechtskörperverständnissen und homogen identitären Ideen von ›Volk‹ und Nation in einen »autoritären Populismus« (Hall 2014 [1980]; Sauer 2020) eingebettet.

Paradoxe Identitätspolitik

Ende der 1990er Jahre war – in Auseinandersetzung mit Judith Butler und in Anlehnung an Sabine Hark und Stuart Hall – mein zentrales Argument für eine »Dekonstruierte Identitätspolitik« die vermeintliche Unausweichlichkeit eines »Paradoxes«:

»[O]bwohl wir durch die Verhältnisse konstituiert sind, die wir verändern wollen, [haben] wir die Möglichkeit zur Erfindung und Kreation anderer Weisen der Subjektwerdung wie der Subjektivierung [...], gerade weil wir diese immer wieder mit hervorbringen.« (Lorey 1998: 109)

Statt aber diese Erfindungskraft dafür zu nutzen, uns nicht länger an Identitäten binden zu lassen (Foucault 2005b [1982]: 280), erlaubte uns die Formulierung dieses »Paradoxes« keine Möglichkeit, eine Politik ohne Identitäten zu denken: »Es kann also nicht um die Tabuisierung von Identitätspolitik gehen, sondern um das Beschreiben einer anderen Politik mit Identitäten« (Lorey 1998: 112). Diese »andere Politik« arbeitet sich weiterhin an Identität ab, statt das nicht-identitäre *„Mit“* zu betonen, den Austausch, die Kontaminierungen, das Miteinander heterogener Subjektivierungsweisen, die es ablehnen, als Individuen voneinander getrennt zu werden, damit ihre wechselseitigen Abhängigkeiten nicht weiter durch identitätsvernarrte Narrationen des Subjekts unwahrnehmbar werden.

Aber nicht nur identitätspolitisch ließen wir uns durch den etablierten politischen Rahmen liberaler Demokratien begrenzen, auch die Logik politischer Repräsentation konnte »dekonstruierte Identitätspolitik« nicht aufbrechen und verunmöglichte so, politische Praxen jenseits liberal-demokratischer Repräsentationsanforderungen wahrzunehmen. Warum aber muss eine kritische Analyse der Ausschlüsse und Diskriminierungen von Repräsentation und Identität an jener Form von Demokratie festhalten, die durch Ausschlusslogiken konstituiert ist und damit politisches Handeln erheblich beschränkt? Liegt es auch daran, dass in den 1990er Jahren, so kurz nach dem

Mauerfall, eine fundamentale demokratisch-emanzipatorische Kritik an der liberalen repräsentativen Form von Demokratie unmöglich schien?

Wiederkehr der Identität

»Wer braucht ›Identität?«, fragt 1996 Stuart Hall in seinem gleichnamigen Text und konstatiert zugleich, dass »die Frage nach der Identität wiederkehrt« (Hall 2004 [1996]: 168). Aber sie kehrt nicht einfach identisch wieder, sondern es werden Differenzen im Identitätsverständnis gegeneinander gestellt: das Verständnis von Identität, das sich auf die Idee von unveränderbaren, in die Körper hineinverlagerten Identitäten stützt, und das Verständnis, das Identität prozesshaft und in Macht- und Herrschaftsverhältnisse eingebettet begreift. Hall kritisiert die erste Position, weil sie heterogene Bevölkerungen auf homogene kulturelle und ethnische Identitäten reduziert. Solche mit naturalisierten, rassistierenden und nationalistischen Wesenszuschreibungen operierenden Identitätsvorstellungen gelte es zu dekonstruieren und als essentialistisch und rassistisch zurückzuweisen. Dagegen versteht Hall Identität als prozesshaft und veränderbar. Das nationalistische Identitätsverständnis sei historisch und politisch-ökonomisch überholt. Im Prozess der Globalisierung finde mit dem »relativen Niedergang des Nationalstaats, der Autarkie der nationalen Ökonomien und somit auch der nationalen Identitäten« eine »Erosion kollektiver sozialer Identitäten« statt, wie jene »der Klasse, der ›Rasse«, des sozialen Geschlechts und der westlichen Welt« (Hall 1994 [1991]: 69).¹ Mit dem Verständnis einer prozesshaften Identität können sexuelle und geschlechtliche Identitäten nun plausibel als performative Subjektkonstitutionen betont werden, denen nicht ein biologisch eindeutiger Körper zugrunde liegt, sondern der Körper selbst wird als materialisierender Effekt historisch spezifischer gesellschaftlicher Normen und Diskurse gedacht (vgl. Butler 1991; 1995).

Bei der Problematisierung von Identität in den 1990er Jahren dreht sich alles um die Frage des Subjekts, danach, wie es entsteht, wie es sein Anderes

1 Am Ende des Jahrtausends erscheinen Identitäten »zunehmend fragmentiert und zerstreut, jedoch niemals eindeutig. Identitäten sind konstruiert aus unterschiedlichen, ineinandergreifenden, auch antagonistischen Diskursen, Praktiken und Positionen. Sie sind Gegenstand einer radikalen Historisierung und beständig im Prozess der Veränderung und Transformation begriffen« (Hall 2004 [1996]: 170).

konstruiert und wie seine Fähigkeit zu handeln verstanden werden soll.² Die desorientierte und verunsicherte Frage danach, »wer wir sind«, als Einzelne und als Kollektiv, ist die Frage nach der Identität eines Subjekts. Und genau solche Fragen hat Michel Foucault zurückgewiesen.

Eine Praxis der Emanzipation, die mit einer kritischen Analyse der Gegenwart korrespondiert, braucht »eine kritische Analyse der Welt, in der wir leben« (Foucault 2005b [1982]: 280). Das heißt zu verstehen, in welchen Macht- und Herrschaftsverhältnissen wer zum Subjekt werden kann und wer nicht, und wie wir in beiden Fällen an eine vermeintlich eigene, ursprüngliche »Identität« gebunden werden, die uns entweder in Gruppen zusammenbindet und diskriminiert und/oder uns individualisiert und uns voneinander trennt und (selbst-)regierbar macht. Es braucht keine Begriffsverschiebung und kein neues Verständnis von Identitätspolitik, sondern die Emanzipation aus solchen Identitätspolitik. Foucault drängt darauf, in der Gegenwart, jetzt sofort »abzulehnen, was wir sind« und was wir gezwungen werden zu sein. Wir müssen »uns selbst vom Staat und der damit verbundenen Form von Individualisierung [...] befreien« und nach nicht-identitären Formen der Subjektivierung suchen (Foucault 2005b [1982]: 280). Wir müssen aufhören, uns Orientierung von der Idee eines autonomen, von anderen getrennten und unabhängigen Subjekts zu erhoffen. Statt prozessuale Identitäten gut-zuheißen und an dieser Subjektidee festzuhalten, interessiert Foucault, was wir in der Gegenwart ohne Identitätsanbindung werden können, wie wir anders werden, uns *ent-subjektivieren*. Was wir in der Gegenwart werden, ist keine Frage der Identität, sondern eine der Diskontinuität, der Erfahrung und der Ent-Subjektivierung (Foucault 2005a [1978/1980]: 54f.).

-
- 2 In Halls, aber auch in Butlers Texten spielt dabei der (oft auch kritische) Bezug auf die Freudsche und Lacansche Psychoanalyse eine große Rolle, analysiert sie doch in erster Linie das Subjekt und sein Handeln. Für das Subjekt seien Prozesse der Identifikation immer ambivalent und produzierten eine Spaltung zwischen dem Einen und dem Anderen, argumentiert Hall. So entstehe nicht nur ein permanentes Verkennen, sondern durch die Spaltung »ist der Andere immer auch ein Teil von uns selbst« (Hall 1991 [1994]: 73).

Ausschließende Kurzsichtigkeiten

Mitte der 1990er Jahre schreibt Sabine Hark in *deviante Subjekte*:

»Hat man verstanden, dass Subjekte durch Praktiken und Operationen des Ausschlusses geformt werden, wird es politisch notwendig, die Spuren der Operationen dieser Konstruktion und Auslöschung zu verfolgen. [...] Identitätspolitik kann insofern dazu dienen, all diejenigen auszuschließen bzw. zu ignorieren, die nicht die Identitätsanforderungen und -bedingungen erfüllen.« (Hark 1996: 26)

Diese Ausschlüsse und dieses Unsichtbarmachen sind der politischen Logik der Repräsentation geschuldet, die davon ausgeht, betont Hark, dass vermeintlich vor der Repräsentation existierende kollektive Identitäten lediglich vertreten werden. Für »die politische Praxis scheint es [...] imperativ zu sein, dass essentielle Identitäten (und deren Interessen) existieren und im politischen Feld lediglich repräsentiert werden« (Hark 1996: 20). Genau diese »scheinbar nicht verhandelbare Notwendigkeit essentieller, kohärenter Identitäten im Feld des Politischen« gilt es zu bestreiten und zurückzuweisen, so Hark (1996: 20). Stattdessen muss die Produktivität von Repräsentation verstanden werden, denn Ausschlüsse und Verwerfungen sind Differenzproduktionen, aus denen keine kohärenten Identitäten zu formieren sind (Hark 1996: 19). Solche durch Ausschluss produzierte Differenz soll vielmehr genutzt werden, um die »hegemoniale symbolische Ökonomie selbst ins Wanken zu bringen« (Hark 1996: 20). Kritik ist dabei »immer schon Teil desjenigen Projekts, das sie zugleich zu dekonstruieren sucht« (Hark 1996: 19).

Mittels dekonstruierter Identitätspolitik wurde in Referenz auf Butler und Spivak »ein strategischer Bezug auf Identität notwendig«, so auch mein Argument 1998, weil »das politische Feld der Macht, die Logik der Repräsentation nicht ohne Identität auskommt« (Lorey 1998: 108). Die Strategie legitimiert das Paradox, trotz weitreichender Kritik an Identitätspolitik festzuhalten. Dabei fehlte die politische Weitsicht, die Logik der Repräsentation nachhaltig aufzubrechen. Mehr zu sagen, als dass wir um das Problem des Ausschlusses und der hierarchisierenden Differenzierung wissen, aber strategisch an Identität festhalten, schien politisch unmöglich. Ein positiv besetztes, prozesshaftes Verständnis von Identität, um das wir in den 1990er Jahren gerungen haben, halte ich aus politischen Gründen nicht mehr für vertretbar.

Zurückweisungen

Was aber ist mit der Logik des Rechts? Es basiert auf Subjekten, denen Rechte zuerkannt werden, auf Rechtssubjekten. Wer aber wird auch hier von der Norm eines Rechtssubjekts ausgeschlossen, eines Subjekts, das nicht selten als heterosexuell und autochthon imaginiert wird? Wer gehört nicht dazu? Recht hat eine doppelte Funktion, »einzuschließen und auszugrenzen, zu schützen und zu disziplinieren«, schreibt Sabine Hark 2000 in ihrem Aufsatz »Durchquerung des Rechts« (Hark 2000: 30). Und diese doppelte Funktion des Rechts produziert die wiederkehrende Paradoxie, mit der Kämpfe um Anerkennung und gleiche Rechte stets konfrontiert sind: durch ausgrenzende, dominante Normen als ›anders‹ und ›anormal‹ betrachtet und durch diese Diffamierung als ›schwul‹, ›lesbisch‹ oder ›behindert‹ allererst konstruiert zu werden. Die ausgegrenzten ›Identitäten‹ entstehen durch die Ausgrenzung.

Und mehr noch: Rechtliche Gleichheit für eine bestimmte Gruppe, eine kollektive Identität von Bürger*innen zu fordern, bedeutet beispielsweise nicht, dass auch Geflüchteten diese Rechte gewährt werden (Hark 2000: 39). Die Gleichheit des Rechtsschutzes gilt weiterhin nicht für all diejenigen, die durch juristische Kategorien als Unterworfenen und Ausgegrenzten in ihrer ›devianten Identität‹ allererst benannt und so hervorgebracht werden. Recht repräsentiert nichts ›vor dem Gesetz‹, sondern konstituiert die Subjekte, die es schützen soll, ebenso wie jene, denen es den Schutz verwehrt.

Wer wird also, fragt Hark, durch die rechtliche Fixierung einer schwulen oder lesbischen Identität aufgerufen, und wer wird erneut ausgeschlossen? Inwiefern bleibt die binäre Logik von hetero/homo intakt, und damit die Normalität von Heterosexualität? »Die Fokussierung auf gleiche Rechte verfehlt den Punkt, dass Homosexualität unvermeidlich reguliert und stigmatisiert werden wird, während Heterosexualität seine privilegierte Position als unhinterfragte, institutionalisierte kulturelle Norm behält« (Hark 2000: 41). Die Macht des (Rechts-)Staates in liberalen repräsentativen Demokratien ist eine zugleich individualisierende wie totalisierende Form der Macht, die, wie Foucault schreibt, »die Individuen in Kategorien einteilt, ihnen ihre Individualität zuweist, sie an ihre Identität bindet und ihnen das Gesetz einer Wahrheit auferlegt, die sie in sich selbst und die andere in ihnen zu erkennen haben« (Foucault 2005b [1982]: 275). Daher bestehe, so Hark, die »Gefahr [...], dass wir im Namen von Gerechtigkeit diejenigen Artikulationen von Identität

und deren Verletzungen im Recht zementieren, die wir doch einst zu überwinden angetreten waren« (Hark 2000: 42).³

Es geht also darum, jene Art von Individualität zurückzuweisen, die man uns seit Jahrhunderten aufzwingt, und zugleich nach Praxen der Entsubjektivierung zu suchen. In neoliberalen Verhältnissen ist es offensichtlich geworden, dass ein positiver Bezug auf flexible und prozesshafte Identitäten eher neoliberale Formen der Individualisierung und Konsumanrufung sowie flexibilisierte Arbeitsverhältnisse stützt als emanzipatorische demokratische Lebensweisen hervorbringt (vgl. Rolnik 2006; 2018). Nach mehreren Jahrzehnten der Sedimentierung eben dieser neoliberalen Verhältnisse stellt sich immer mehr die Frage, wie Verletzbarkeiten jenseits von Identitätskonstruktionen problematisiert und inmitten nicht hintergehbbarer wechselseitiger Verbundenheiten und Affizierungen gedacht und politisiert werden können.

Konstitutive Ungleichheiten

Es ist kein Zufall, dass Sabine Hark in *Gemeinschaft der Ungewählten* nicht von Identität spricht. Die Ungewählten sind keine Gruppe und keine Kategorie. Sie haben keine gemeinsame Identität (Hark 2021: 133). Für ein *politisches Ethos der Kohabitation* geht es um die Perspektive auf das Gemeinsame und das dezidierte Anklagen von Ausschlüssen und Ungleichheiten und nicht um ihr strategisches Beibehalten durch Identitätspolitik. Denn die »Verweigerung von Gleichheit« ist »auch eine Geschichte der Verhinderung und Verunmöglichung von Gemeinschaft«, die weit zurückreicht. Die Geschichte der Verweigerung beginnt, schreibt Hark mit Bezug auf Saidiya Hartman,

»mit der Idee des *einen* (männlichen) Menschen und dem Phantasma des über sich selbst und andere verfügenden Subjekts. Sie beginnt mit der Illusion körperlicher Unversehrtheit und ungehinderter Befähigung, mit dem Phantasma des vernünftigen, vergeschlechtlichten, neurotypischen Subjekts.« (Hark 2021: 118)

3 Butler vertritt diese Position Mitte der 1990er Jahre in *Körper von Gewicht*, wenn sie zur Verwendung des Begriffs »queer« schreibt: »Der derzeitige taktische Wiedereinsatz inszeniert ein Verbot und eine Erniedrigung gegen sich selbst, bringt eine andere Wertordnung hervor, eine politische Bejahung ausgehend von und vermittelt durch den gleichen Begriff, dessen oberstes Ziel seines früheren Gebrauchs im Ausrotten gerade einer solchen Bejahung bestand« (Butler 1995 [1993]: 318).

Eine Verweigerung von Gleichheit sieht Hark nicht nur in den »zeitgenössischen Formen neoliberaler Gouvernementalität oder in den autokratisch regierten ›illiberalen Demokratien‹ der Gegenwart«, sondern auch »in den als ›demokratisch geltenden Gesellschaften‹« (Hark 2021: 114; Fassin 2017). Diese wiederholte Implementierung von Ungleichheit muss durchbrochen werden. Es geht um die Suche nach »einer demokratischen Lebensweise und die Frage, wie ein gutes Leben für alle möglich werden kann« (Hark 2021: 116).

Die liberale repräsentative Demokratie war nie in der Lage, Gleichheit und Freiheit für alle zu garantieren. Diese Form der Demokratie braucht die wiederkehrenden Kämpfe um (staats-)bürgerliche Anerkennung derjenigen, die ausgeschlossen werden, die weniger gleich sind. Nur durch einen anhaltenden, in die Zukunft gerichteten Prozess der Demokratisierung kann das Versprechen auf Gleichheit für alle aufrechterhalten werden. Es ist ein Prozess der zählenden Integration des Protestpotenzials sozialer Bewegungen. Repräsentative Demokratie ist durch die ambivalente Herrschaftsform gekennzeichnet, einerseits die Ausweitung von Rechten und sozialer Anerkennung für Diskriminierte zu ermöglichen. Dafür verlangt sie von sozialen Bewegungen, ein kollektives Subjekt in der Logik der Repräsentation zu bilden, das im Namen einer kollektiven Identität spricht und die Bewegung repräsentiert, sowie Repräsentant*innen als Ansprechpersonen für Medien und Politik zu benennen. Die Artikulation der kollektiven Identität im Kontext von Antidiskriminierungskämpfen bedeutet, das »Paradox« zu akzeptieren und zu befestigen, die diskriminierende Identitätszuschreibung mit allen Grenzziehungen als Selbstbezeichnung affirmieren zu müssen, um im Namen dieser Identitäten gegen Diskriminierung zu kämpfen.

Es mangelt an kritischen Reflexionen darüber, welche stabilisierende Funktion die Konstruktion kollektiver Identitäten für die anhaltenden Ungleichheiten liberaler-repräsentativer Demokratien hat. Im Rahmen von Anerkennungspolitik finden Demokratisierungsprozesse statt, ohne diese Form der Demokratie in ihrer maskulinistischen, bürgerlichen und ausschließenden Grundkonstitution nachhaltig zu verändern.

Von den Kämpfen aus

Die Besetzungs- und Demokratiebewegungen der 2010er Jahre haben Politiken der Repräsentation und der Identität dezidiert zurückgewiesen und mit vielfältigen neuen demokratischen Praxen experimentiert, die auf Affizierung

gen, wechselseitigen Verbundenheiten, auf Sorge und radikaler Inklusion basierten. Es ging nicht darum, Forderungen an Regierung oder Staat zu stellen, sondern sich *jetzt* auf andere Weise demokratisch in Beziehung zu setzen, soziale Reproduktion aus ihrer heterosexuell vergeschlechtlichten und familialisierten Einhegung zu reißen und in den Kämpfen gemeinsam neu zu erfinden. Es waren Experimente in der Jetztzeit der Kämpfe einer präsentischen Demokratie (vgl. Lorey 2020).

Von den Kämpfen auszugehen, bedeutet Verweigerung und Entgehen, die Zurückweisung von Zumutungen und Verletzungen in bestehenden Herrschaftsverhältnissen und deren nachhaltiges Aufbrechen und Umgestalten. Dazu ist Identitätspolitik nicht in der Lage, denn Praxen des Entgehens bedeuten strategisches Abfallen, Improvisation und Invention, Praxen, wie sie sich in gemeinsamen Kämpfen zeigen. Von den Kämpfen gegen Rassismus auszugehen, macht es möglich, (Re-)Formierungen von Rassismen durch migrantische Widerstandspraxen zu erfassen und nicht durch Rassismus produzierte Positionierungen, die als Identitäten missverstanden werden (vgl. u. a. Papadopoulos/Stephenson/Tsianos 2008). In den transnationalen queere feministischen Kämpfen gegen Gewalt an feminisierten Körpern entsteht das Gemeinsame nicht durch Identitäten, vielmehr durch miteinander verknüpfte Erfahrungen und das »sitierte und transversale Infragestellen von Gewalt« (Gago 2020: 41). Wechselseitige Abhängigkeiten und Sorgebeziehungen ins Zentrum zu stellen, demontiert die patriarchal-maskulinistische und kolonisierende Figur des autonomen und von anderen unabhängigen Subjekts, das im heteronormativen familialen Arrangement die entwertete und feminisierte Sorge und Reproduktionsarbeit braucht. Von (nicht moralisch konnotierten) verschuldeten Sorgebeziehungen auszugehen, leugnet nicht die Ambivalenzen der Sorge von Vermögen, Unterstützung und Verhinderung. Eine solche Perspektive entspricht einer radikalen Inklusion aller nicht-binären Sorgepraxen, die wechselseitige Abhängigkeiten unterstreichen (vgl. Malatino 2020; Manalansan 2008).

Es sind die Verbundenheiten präsentischer Demokratie, die es begünstigen, nicht in der Logik der liberalen repräsentativen Demokratie zum Subjekt werden zu müssen und an eine Identität gebunden zu sein. Die Situierung in der Sorge ermöglicht Ent-Subjektivierung, nicht als Entrechtung, sondern als neue Weisen der Subjektivierung, die aus der Affizierung von umgebenden Körpern und Dingen entstehen. Das bedeutet eine Demokratie, die die Heterogenität der Multitude und ihre Ausdehnung über Grenzen hinweg affirmiert. Das ist das »Ethos der Kohabitation«, von dem Sabine Hark spricht.

Es gründet auf vielgestaltiger Sorge, die als »gesellschaftliche, solidarische, reziprok und geschlechtergerecht organisierte Praxis neu zu erfinden ist« (Hark 2021: 213). Deshalb geht es darum, zu »lernen, die Welt zu teilen. Das ist, was jetzt zu tun ist« (Hark 2021: 108).

Literatur

- Butler, Judith (1993): »Ort der politischen Neuverhandlung. Der Feminismus braucht ›die Frauen‹, aber er muss nicht wissen ›wer‹ sie sind«, in: *Frankfurter Rundschau* vom 27. Juli.
- Butler, Judith (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter* [1990], Frankfurt a.M.
- Butler, Judith (1995): *Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts* [1993], Berlin.
- Fassin, Didier (2017): *Das Leben. Eine kritische Gebrauchsanweisung*, Berlin.
- Foucault, Michel (2005a): »Gespräch mit Ducio Trombadori« (1978/1980), in: ders., Schriften in vier Bänden. Dits et Écrits, Band IV: 1980-1988, hg. von Daniel Defert und François Ewald unter Mitarbeit von Jacques Lagrange, Frankfurt a.M., S. 51-119.
- Foucault, Michel (2005b): »Subjekt und Macht« (1982), in: ders., Schriften in vier Bänden. Dits et Écrits, Band IV: 1980-1988, hg. von Daniel Defert und François Ewald unter Mitarbeit von Jacques Lagrange, Frankfurt a.M., S. 269-294.
- Gago, Verónica (2020): Für eine feministische Internationale. Wie wir alles verändern, Münster.
- Hall, Stuart (1994): »Alte und neue Identitäten, alte und neue Ethnizitäten« (1991), in: ders., Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2, Hamburg, S. 66-88.
- Hall, Stuart (2004): »Wer braucht ›Identität‹?« (1996), in: ders., Ideologie, Identität, Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4, Hamburg, S. 167-187.
- Hall, Stuart (2014): »Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus« (1980), in: ders., Populismus, Hegemonie, Globalisierung. Ausgewählte Schriften 5, Hamburg, S. 101-120.
- Hark, Sabine (1996): deviante Subjekte. Die paradoxe Politik der Identität, Opladen.
- Hark Sabine (2000): »Durchquerung des Rechts. Paradoxien einer Politik der Rechte«, in: quaestio (Hg.), Queering Demokratie. Sexuelle Politiken, Berlin, S. 28-44.

- Hark, Sabine (2021): *Gemeinschaft der Ungewählten. Umriss eines politischen Ethos der Kohabitation*, Berlin.
- Lorey, Isabell (1998): »Dekonstruierte Identitätspolitik«, in: Antje Hornscheid/Gabriele Jähnert/Annette Schlichter (Hg.), *Kritische Differenzen – geteilte Perspektiven. Zum Verhältnis von Feminismus und Postmoderne*, Opladen, S. 93-114.
- Lorey, Isabell (2020): *Demokratie im Präsens. Eine Theorie der politischen Gegenwart*, Berlin.
- Malatino, Hil (2020): *Trans Care*, Minneapolis/London.
- Manalansan IV, Martin F. (2008): »Queering the Chain of Care Paradigm«, in: *The Scholar and Feminist Online* 6/3, http://sfonline.barnard.edu/immigration/manalansan_01.htm.
- Papadopoulos, Dimitris/Stephenson, Niamh/Tsianos, Vassilis (2008): *Escape Routes. Control and Subversion in the 21st Century*, London.
- Rolnik, Suely (2006): »Geopolitik der Zuhälterei«, in: transversal. Multilinguals Webjournal: »machines and subjectivation«, November 2006, <https://transversal.at/transversal/1106/rolnik/de>.
- Rolnik, Suely (2018): »Wie machen wir uns einen Körper?« Im Gespräch mit Marie Bardet, in: Verónica Gago et al., *8M – Der große feministische Streik. Konstellationen des 8. März*, Wien u.a., S. 129-151.
- Sauer, Birgit (2020): »Rechtspopulismus als maskulinistische Identitätspolitik«, in: Dorothee Beck/Annette Henninger (Hg.), *Konkurrenz für das Alphamännchen? Politische Repräsentation und Geschlecht*, Roßdorf, S. 135-145.

